

**Gerhard Bold**

**Stellvertretender Landesvorsitzender des dbb  
rheinland-pfalz**

**Vorsitzender der dbb arbeitnehmervertretung  
rheinland-pfalz**

**Rede zur Warnstreik- und Protestaktion von  
komba und dbb am 19. März 2014 in Koblenz**

**Es gilt das gesprochene Wort.**



**dbb**  
**beamtenbund**  
**und tarifunion**  
landesbund  
rheinland-pfalz

Adam-Karrillon-Str. 62  
55118 Mainz

Postfach 17 06  
55007 Mainz

Telefon (06131) 61 13 56  
Telefax (06131) 67 99 95

E-Mail: [post@dbb-rlp.de](mailto:post@dbb-rlp.de)

Gerhard Bold  
Rektor  
Landesvorsitzender  
des Verbandes Bildung und Erziehung  
VBE Rheinland-Pfalz

19.03.2014

E-Mail: [Gerhard.Bold@dbb-rlp.de](mailto:Gerhard.Bold@dbb-rlp.de)

**Gute Arbeit muss gut bezahlt werden!**

**Aber: Kein Geld ist immer da!**

Ob in der Kommunalverwaltung, in den Straßenmeistereien, den Krankenhäusern, der Entsorgung, in den Bundesbehörden oder vielen anderen Bereichen des öffentlichen Lebens:

Die Kolleginnen und Kollegen bringen immer vollen Einsatz und tragen so maßgeblich dazu bei, dass der öffentliche Dienst reibungslos funktioniert und dass Deutschland bis jetzt so gut durch die Krisen der letzten Jahre gekommen ist. Dass dies so bleibt, ist keine Selbstverständlichkeit.

Auch die Arbeitgeber in Bund und Kommunen müssen durch gerechte Bezahlung, Nachwuchsgewinnung und ausreichende Personalausstattung ihren Teil dazu beitragen, dass der öffentliche Dienst in der gewohnten Qualität weiter funktionieren kann.

Das werden die Herrschaften aber nicht von sich aus tun. Dafür müssen wir gemeinsam kämpfen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Der dbb rheinland-pfalz freut sich, dass Ihr in so großer Anzahl der Streikaufrufung gefolgt seid. Damit macht Ihr den Arbeitgebern deutlich, dass wir eine Solidargemeinschaft sind, die sich nicht auseinander dividieren lässt. Seid herzlichst begrüßt!

Ich freue mich auch über die Teilnahme der Kolleginnen und Kollegen unserer Arbeitnehmer-Vertretung – eine starke Truppe!

Wir stehen voll hinter der TVöD-Forderung 2014

### **dbb Forderung (Kernpunkte)**

- **100 EUR Sockelbetrag**
- **plus 3,5% Linearanpassung**
- **Auszubildendenentgelte: plus 100 EUR/Monat**
- **30 Tage Urlaub für alle**
- **Zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Ergebnisses auf Beamte**
- **Laufzeit: 12 Monate**

Für eine Gleichtaktung mit TV-L wäre es höchste Zeit – aber das wollen ja die Arbeitgeber nicht, weil sie vermuten, so ein einfacheres Spiel mit uns zu haben!

Da werden sie sich aber täuschen. Wir stehen zusammen – gleich welcher Statusgruppe wir angehören.

Unsere Solidarität trägt, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Arbeitgeber weisen unsere berechtigte Forderung schroff zurück und drohen mit einer Privatisierungswelle.

Halten die Arbeitgeber uns denn für blöd?

Sie selbst trinken guten Wein und empfehlen den Mitarbeitern Wasser!

Am 11. Februar 2014 konnte man überall lesen, mit welcher Unverfrorenheit der Unionsgeschäftsführer Michael Grosse-Böhmer die geplante Diätenerhöhung für die Abgeordneten des Deutschen Bundestages begründete:

„Wir wollen nicht besser und nicht schlechter gestellt werden als die Beschäftigten auch außerhalb des Parlaments.“

Mit diesen markigen Worten begründet er für die größte Fraktion im Bundestag die Erhöhung für die Abgeordneten.

Er will aber keinen Sockelbetrag von 100 Euro und eine lineare Erhöhung von 3,5 Prozent –

Weit gefehlt: 820 Euro im Monat und damit gut 10 Prozent müssen es sein, damit die hungrigen Parlamentarier nicht zu darben brauchen!

So lässt es sich leben, meine Kolleginnen und Kollegen!

Besonders praktisch ist das Ganze zudem ja organisiert: Es gibt keine Verhandlungen – nein, die Damen und Herren Abgeordneten heben einfach die Hand und genehmigen sich selbst mehr als nur einen Schluck aus der Pulle! Einfach so!

Und dann hört man den Aufschrei von Berlin bis zu den Alpen, als wir – die Arbeitnehmer - unsere dagegen geradezu bescheidenen Forderungen auf den Tisch legen.

Da wird von „unterirdisch“, „nicht darstellbar“, „jenseits von Gut und Böse“ gesprochen. „Nicht finanzierbar“, „die Kommunen gehen sowieso schon am Krückstock!“ Da werden Milliarden für die Vielen, die den Karren durch den Bach schleifen, addiert, die vielen Millionen für wenige spielen dann keine Rolle mehr.

Was für die oben recht ist, ist für die unten noch lang nicht billig!

Da fällt mir des Teufels General ein, der in der Person von Curd Jürgens resigniert feststellt:

Ich kann gar nicht so viel fressen, wie ich kotzen möchte!

Oder es gilt auch weiter der Satz: „Erst das Fressen, dann die Moral.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

unter diesem Blickwinkel versteht man natürlich, dass der Verhandlungsführer Innenminister Thomas de Maizière die Diätenerhöhung von 820 Euro im Monat nicht in Zusammenhang mit den Tarifverhandlungen gebracht haben möchte.

Wir fragen ihn aber nicht.

Genauso wenig beeindruckt uns Thomas Böhle von der VKA mit seiner unterschwelligem Drohung mit einer Privatisierungswelle.

Obwohl er genau weiß, dass der Öffentliche Dienst im Tarifeinkommen im Kommunaldienst einen Nachholbedarf von 10 Prozent hat, versucht er in der Presse das Gegenteil dieser Wahrheit zu erwecken.

Das ist einfach unredlich!

Er weiß auch, dass hinter den mehr als zwei Millionen Beschäftigten eine unüberschaubar große Anzahl von Berufsbildern steht.

Er weiß weiter, dass diese Menschen eine ebenso unüberschaubare Anzahl von Aufgaben für unsere Infrastruktur mit hoher Kompetenz und hoher Motivation erledigen – trotz schlechter Bezahlung!

Und Böhle weiß auch, dass der öffentliche Dienst immer mehr leisten muss.

Seit der Wiedervereinigung sind über 200.000 Stellen im Bundesbereich weggefallen. Zudem sank allein im Bereich der Beamten, Richter und Soldaten die Zahl der Vollzeitbeschäftigten um zirka elf Prozent.

Gleichzeitig nahm die Zahl der Teilzeitbeschäftigten signifikant zu.

Diesem Abbau und der damit verbundenen unerträglichen Arbeitsverdichtung gilt es Einhalt zu gebieten. Der Dienstherr Bund muss endlich auch die besonderen Leistungen der Beamtinnen und Beamten anerkennen.

Es ist deshalb geradezu abartig, mit einer Privatisierung zu drohen.

Wohin solche Mätzchen führen, haben wir in der Vergangenheit ja recht anschaulich erlebt!

Fragt mal unsere Kollegen aus unserem Arbeitskreis „Privatisierter Dienstleistungssektor“. Die können ein Lied singen wie so ein Schwachsinn dann mit viel Geld am Leben gehalten wird.

Da gibt es die verrücktesten Beispiele bei Krankenhäusern, der Bundeswehr, bei der Post, der Telekom und auch bei der Bahn.

Da gibt es dann unterbezahlte Lokführer in Reinigungsfirmen, die auch eine Lizenz für den Nahverkehr haben.

Oder es fahren dann auch schon mal Busse quer und leer durch die Republik, wenn sie denn gerade mal in Wiesbaden gebraucht werden.

Ich will das Thema nicht überstrapazieren, will aber sagen, dass Böhle von den kommunalen Arbeitgebern das mindestens genauso gut weiß wie ich!

Die Herrschaften sollen aber wissen, dass wir die Tricks genau kennen und den Finger in die Wunde legen werden!

Den Arbeitgebern sollten wir aber auch ins Stammbuch schreiben, wie unerlässlich wichtig auch eine Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes im Vergleich zur freien Wirtschaft ist, vor allem unter Berücksichtigung des demografischen Wandels und der damit einhergehenden Probleme der Nachwuchsgewinnung.

Erst vor wenigen Tagen hat ein Gutachten des Bundesrechnungshofes verdeutlicht, dass die Konkurrenzfähigkeit und Attraktivität des öffentlichen Dienstes akut gefährdet ist.

Es geht schon los: „Ausbluten des Personalkörpers“ wird bescheinigt, Fachkräfte fehlen!

Deshalb ist HANDELN angesagt, starke Sprüche bringen nichts.

Deshalb fordert der dbb rheinland-pfalz:

- Nachwuchsgewinnung muss Priorität werden
- die Demografische Entwicklung muss abgefedert werden
- vorhandenes Personal muss angesichts von Aufgabenzuwachs und Arbeitsverdichtung gepäppelt werden
- keine Abkoppelung der Entgelte im öffentlichen Dienst von der allgemeinen Lohnentwicklung
- Teilhabe am aktuell steigenden Konsum und den ersten Reallohnzuwächsen nach langen Jahren des Sparens seit 1990 muss möglich sein; damit steigt endlich die Kaufkraft im Land!

Der Wettbewerb mit der Privatwirtschaft um qualifizierte Kräfte muss verantwortungsbewusst angegangen werden

In 15 Jahren fehlen sonst 700.000 Beschäftigte im öffentlichen Dienst

Kolleginnen und Kollegen,

deshalb ist eine angemessene Einkommensanpassung unter Berücksichtigung des vorhandenen und prognostizierten Wirtschaftswachstums sowie der tatsächlichen

und zu erwarteten Preissteigerungen im Hinblick auf die tatsächlich erbrachte Arbeitszeit dringend erforderlich.

Gleiches gilt für eine deutliche und nachhaltige Verbesserung der Einkommenssituation der Anwärter zuzüglich der Abgabe von Übernahmegarantien bei erfolgreicher Laufbahnprüfung.

Alle Bezahlungselemente sind an die tatsächlichen Verhältnisse anzupassen, um den seit Jahren eingetretenen Entwertungen ein Ende zu bereiten.

Schließlich wird der systematische Ausbau einer transparent gestalteten, langfristig angelegten Personalentwicklung immer drängender.

Das kann aber nur gelingen, wenn Perspektiven für das Personal erkennbar werden – und zwar ehrlich und zugleich realistisch.

Überfällig sind deutliche Zeichen der Wertschätzung für die Menschen und deren Dienstleistung!

Eine auskömmliche, angemessene Bezahlung ist Arbeitgeberpflicht!

Erkennbare, echte Karrierechancen müssen geboten werden!

Öffentlicher Dienst muss der Garant für stabile Lebensverhältnisse in Deutschland bleiben.

Mit dem Hammer müsste man den Arbeitgebern eigentlich einbläuen:

- Öffentlicher Dienst heißt Daseinsvorsorge,
- Öffentlicher Dienst heißt Leistung für die Bürgerinnen und Bürger,
- Öffentlicher Dienst heißt auch: Standortvorteil für unser Land.

Garanten für dieses reibungslose Funktionieren sind unsere beiden Statusgruppen im öffentlichen Dienst

- Tarifpersonal und Beamte im dbb lassen sich nicht auseinander dividieren
- gelebte Solidarität in schwieriger Zeit ist eine Selbstverständlichkeit
- in Kommunen:  
Beamte leiden unter dem verfassungswidrigen „5x1%“-Besoldungsdiktat bis 2016
- Arbeitnehmer haben ebenfalls einen zweistelligen Nachholbedarf

Ich fasse die Forderungen des dbb noch einmal zusammen:

Der dbb rheinland-pfalz setzt sich ein für

- faire Entgeltanpassungen und den Erhalt des Flächentarifvertrags
- die Modernisierung der Entgeltordnung mit einer tätigkeitsbezogenen Eingruppierung
- die Verhinderung von Erfahrungsstufennachteilen beim Aufstieg
- eine Sicherung der Ressource „Personal“ für den öffentlichen Dienst,

**Denn es geht knallhart ums das Einkommen!**

„Kostenneutralität“ ist als Leitmotiv der Arbeitgeber auf jeden Fall untauglich.

Pauschale Stellenkürzungen ohne vorherige Aufgabenkritik, Deckelung von Besoldung und Versorgung im Landes- und Kommunaldienst: Das alles geht am Personal, Tarifangestellten ebenso wie Beamten, nicht spurlos vorbei. So wird der öffentliche Dienst kaputt gespart!

Auf den komba-Demo-Schürzen steht: „Her mit der Kohle!“  
Und das ist genau richtig, meine Kolleginnen und Kollegen.

Zum Schluss will ich mich bei Euch allen für die tolle Organisation dieser Veranstaltung bedanken.

Information – gepaart mit Kreativität -, so kenne ich Euch, Danke!

Lilli Lenz hat dieser Tage in einem vielbeachteten Interview einen tollen Satz geprägt: **Der Öffentliche Dienst ist kein Wanderzirkus!**

Was sie damit sagen wollte, soll sie Euch jetzt noch selbst erklären,  
Lilli, Du hast das Wort.